

II-7609 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DVR: 0000060

WIEN, am 11. Mai 1989

Zl. 2220.65/60-I.7/89

Schriftliche Anfrage Nr. 3605/
J-NR/89 der Abgeordneten zum
Nationalrat Smolle und Genossen
an den Bundesminister für aus-
wärtige Angelegenheiten betreffend
des Verhaltens der kanadischen
Regierung während der KSZE einer-
seits und gegenüber der kanadischen
Urbevölkerung, insbesondere der
Lubicon Cree Indianer, andererseits

3501/AB
1989 -05- 29
zu 3605/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Smolle und Genossen haben am 7. April 1989 unter 3605/J-NR/89 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend das Verhalten der kanadischen Regierung während der KSZE einerseits und gegenüber der kanadischen Urbevölkerung, insbesondere den Lubicon Cree Indianern, andererseits, gerichtet, die den folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wird die österreichische Bundesregierung an die kanadische Bundesregierung ein Informationsersuchen über den Fall der Lubicon Cree und den Zusammenbruch der Verhandlungen stellen, auf welches zu antworten die kanadische Regierung sich verpflichtet hat? Falls die Regierung dies nicht zu tun gedenkt, warum nicht?
2. Wird der Fall der Lubicon Cree seitens der österreichischen Bundesregierung bei bilateralen Treffen aufgeworfen werden? Falls dies von der Regierung nicht ins Auge gefaßt wird, warum nicht?

- 2 -

3. Ein Notifikationsverfahren ermöglicht es Regierungen, die anderen KSZE-Teilnehmerstaaten über vermutete Menschenrechtsverletzungen in Kenntnis zu setzen. Wird die österreichische Bundesregierung dies tun? Falls die Regierung dies nicht zu tun gedenkt, warum nicht?
4. Wird die österreichische Bundesregierung bei den geplanten jährlichen Treffen über die menschliche Dimension der KSZE sowie beim Lubicon Cree Indianer zur Sprache bringen? Falls die Regierung dies nicht zu tun gedenkt, warum nicht?"

Ich beehre mich, diese Anfrage in einem wie folgt zu beantworten:

Festzuhalten ist zunächst, daß sämtliche menschenrechtlichen und humanitären Bestimmungen, die von den Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Rahmen des KSZE-Prozesses angenommen wurden, auch den Angehörigen von Minderheiten und regionalen Kulturen zugute kommen. Der KSZE-Mechanismus, wie er im Schlußdokument des Wiener Folgetreffens vorgesehen ist, soll eine wichtige und objektive Kontrollmöglichkeit der Einhaltung der KSZE-Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten im Bereich der menschlichen Dimension bilden. Die Anwendungsfälle dieses Mechanismus müssen aber sehr sorgfältig ausgewählt werden. Auf diesen sollte nur nach Ausschöpfung anderer allenfalls bestehender Möglichkeiten zurückgegriffen werden. An diesen Grundsatz hat sich Österreich in den Fällen, in denen es bisher von diesem Mechanismus Gebrauch gemacht hat, gehalten. In der von Ihnen angesprochenen Frage erscheinen aber die Voraussetzungen für eine Anwendung des KSZE-Mechanismus durch Österreich - zumindest derzeit - nicht gegeben. Das vom 30. Mai bis 23. Juni d.J. in Paris stattfindende erste Treffen über die menschliche Dimension der KSZE wird jedenfalls Gelegenheit bieten, die Menschenrechtslage in den KSZE-Teilnehmerstaaten einer Prüfung zu unterziehen.

Der Bundesminister:
für auswärtige Angelegenheiten:

